

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0 0 3 5 / 2 0 2 2 / I V**

Datum:  
02.02.2022

Federführung:  
Dezernat III, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**B 37 Verkehrsversuch - Zwischenergebnisse**

## Informationsvorlage

### Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 29. März 2022

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	16.02.2022	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	17.03.2022	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität und des Gemeinderates nehmen die Information zum Thema „B 37 Verkehrsversuch - Zwischenergebnisse“ zur Kenntnis.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• einmalige / laufende Kosten <b>Finanzhaushalt</b>	250.000
<b>Einnahmen:</b>	
• <b>Finanzhaushalt:</b> Mit einer Förderung im Rahmen des LGVG in Höhe von 90 Prozent der förderfähigen Kosten ist zu rechnen. Die Aufnahme in das Förderprogramm wurde beantragt.	225.000
<b>Finanzierung:</b>	
• Deckung im Teilhaushalt des Amtes für Verkehrsmanagements	250.000
<b>Folgekosten:</b>	
• keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Der Verkehrsversuch B37 mit der Einrichtung eines Radangebotes zeigt positive Zwischenergebnisse für die Weiterführung des Verkehrsversuchs. Die Anzahl der Radfahrenden ist deutlich gestiegen. Zunahmen des motorisierten Verkehrs an potentiellen Ausweichrouten sind nicht zu beobachten, was auch auf die pandemiebedingten verkehrlichen Anpassungen zurückzuführen sein könnte. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit die weitere Vorgehensweise dieses Verkehrsversuchs in Verbindung mit dem Umgang der L534 zwischen Ziegelhausen und Neckargemünd in den Gremien darstellen.

## Hybrid-Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 16.02.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 16.02.2022

### 3.1 B 37 Verkehrsversuch – Zwischenergebnisse Informationsvorlage 0035/2022/IV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Professor Dr.-Ingenieur Jan Riel als Vertreter der Hochschule Karlsruhe, Fakultät Architektur und Bauwesen, Verkehrsplanung und Verkehrstechnik, Institut für Verkehr und Infrastruktur, der zum Tagesordnungspunkt zugezogen ist.

Stadtrat Föhr begründet den **Sachantrag** der **CDU-Fraktion**, der als Tischvorlage vor der Sitzung verteilt worden ist (Anlage 02 zur Drucksache 0035/2022/IV).

1. Wir beantragen die Information, wie sich die Hilfsfristen für den Notarzt am Standort Orthopädie seit Beginn des Verkehrsversuchs entwickelt haben.
2. Wir beantragen, ein Konzept zu erarbeiten, wie sich die in der Vorlage beschriebenen negativen Auswirkungen für die Stadtteile Ziegelhausen und Neuenheim durch den Verkehrsversuch vermindern lassen. Insbesondere die Anwohner in Ziegelhausen Ost klagen über ein gestiegenes Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren, wie sie es uns bei den Gesprächen zum Brückenneubau mitteilten. In der Vorlage ist erläutert, dass sich die Verlagerung auf zwei Strecken auswirkt, unter anderem auf die Strecke der L534/Ziegelhausen Ost.

Bei der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Rothfuß, Stadtrat Föhr, Stadtrat Michelsburg, Stadtrat Dr. Weiler Lorentz, Stadtrat Wetzel, Stadtrat Pfeiffer, Stadträtin Dr. Nipp-Stolzenburg

Folgende Punkte und Fragen werden angesprochen:

- Der Rettungseinsatzverkehr zur orthopädischen Universitätsklinik dürfe durch den Verkehrsversuch nicht behindert werden.
- Wo genau ist die Zählstelle an der B 37 platziert? Es wäre wichtig dies zu wissen, um auch die Autofahrer zu erfassen, die aus dem Neckartal kommend, die L534 von Kleingemünd nach Ziegelhausen nutzen, anschließend die Brücke in Ziegelhausen überqueren und dann in die B 37 einbiegen.
- Die Kosten für dieses Modellprojekt hätten sich fast verdoppelt, weil der Verkehrsversuch auf zwei Jahre ausgelegt sei und die Betonteile gemietet wären.
- Wie sind die weiteren Planungen für diesen Modellversuch? Die Radverbindung an der B 37 müsse für die Zukunft sichergestellt werden, damit noch mehr Menschen aufs Fahrrad umsteigen.
- Wie wird der Fortbestand dieser Radverbindung gewährleistet? Das Modell müsse – trotz der ernüchternden Zahl von 300 Radfahrern am Tag – zukunftsprospektiv gesehen werden.

- Die erwarteten großen Verkehrsprobleme auf der B 37 seien – möglicherweise auch coronabedingt – ausgeblieben. Deshalb solle der Verkehrsversuch fortgesetzt werden.
- Durch die Verlagerungseffekte des Fahrzeugverkehrs von der B 37 auf die L 534 würden die Ziegelhäuser und Neuenheimer Bürger mehr belastet, diese Nachteile müssten ausgeglichen werden. Die Ziegelhäuser Bürger würden in der Langzeitbeobachtung geltend machen, dass der Verkehr seit dem Beginn des Verkehrsversuchs in Ziegelhausen an der Auffahrt zur Brücke zugenommen hätte. Es müsse ein Konzept entwickelt werden, wie die Bürger von Ziegelhausen und Neuenheim nach der Pandemie geschützt werden könnten.
- Der Abschlussbericht des Verkehrsversuchs müsse abgewartet werden. Es wäre pandemiebedingt zu früh Maßnahmen für Ziegelhausen und Neuenheim zu treffen,
- Es gäbe positive Effekte für die Radfahrer: An der Zählstelle Neckargemünd seien es täglich 300 Radfahrer in eine Richtung, an der Zählstelle Karlstor etwa 1400 bis 1500 Radfahrer täglich in eine Richtung.
- Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Planungen für die Radspur auf der L534 nicht fortgesetzt werden würden – unabhängig vom Verkehrsversuch auf der B 37. Es wäre wichtig, diese Planungen weiter voranzutreiben, weil auch diese Anbindung des Radverkehrs vom/ins Neckartal wichtig sei.
- Bezüglich der geplanten Radmarkierung auf der L 534 müsse auch eine Temporeduzierung auf 70 km/h auf der gesamten Strecke zwischen Kleingemünd und Ziegelhausen erfolgen.

Herr Prof Dr. Riel erläutert im Verlauf der Diskussion, dass pandemiebedingt insgesamt eine deutliche Reduktion des Fahrzeugverkehrs eingetreten sei und dass abgewartet werden müsse, wie sich der Fahrzeugverkehr nach Wegfall der Home-Office Pflicht weiterentwickle. Er sagt zu, dass er prüfen und mitteilen werde, wo genau die Zählstelle an der B 37 platziert sei.

Herr Prof. Dr. Riel macht weiterhin geltend, dass solche Modellversuche wie die Abtrennung einer Fahrspur für Radfahrer an der B 37 immer zu gewissen Verkehrsverlagerungen führen würden. Er führt dazu weiter aus, dass Verkehrsverlagerungen immer an bestimmten Abschnitten zu mehr Verkehrsbelastungen führen würden, aber weniger Verkehrsbelastungen an anderen Abschnitten hervorrufen würden. Insgesamt würde aber zusätzlich zur Verlagerung der Verkehrsströme auch noch eine Verlagerung der Verkehrsmittelwahl stattfinden.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain betont nochmals, dass es pandemiebedingt insgesamt zu einem Rückgang des Fahrzeugverkehrs von 17 Prozent gekommen wäre, auf den Verlagerungstrecken sei es in Spitzenzeiten zu einer Zunahme von 2 Prozent bis 9 Prozent des Fahrzeugverkehrs gekommen. Insgesamt sei also eigentlich von einer tatsächlichen Reduzierung des Verkehrs auch auf den Ausweichstrecken auszugehen. Insgesamt würde das eine Zunahme von 0,2 – 0,9 Fahrzeuge pro Minute für Ziegelhausen/Neuenheim bedeuten. Der Verlagerungseffekt sei somit minimal.

Bezüglich der Radspur an der L 534 führt Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain aus, dass momentan an einer Markierungslösung als Zwischenlösung gearbeitet würde, die Kosten für eine endgültige Lösung bezüglich des Radverkehrs hätten sich aufgrund des Problems der Straßenentwässerung und des Baus von Stützmauern von 1 Million Euro auf 6,5 Millionen Euro erhöht. In Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium müsse auch

die Kostenaufteilung für den endgültigen Ausbau der Strecke für den Radverkehr geklärt werden.

Herr Stadtrat Wetzel beantragt im Verlauf der Diskussion eine getrennte Abstimmung der zwei Punkte des CDU-Sachantrages, weil er Punkt 1 bezüglich der Zeiten für den Rettungswagen mittragen könne, Punkt 2 jedoch nicht. Die antragstellende Partei stimmt dem zu.

Nach Abschluss der Diskussion im Gremium lässt Herr Bürgermeister Schmidt - Lamontain über **Punkt 1 des Sachantrages der CDU-Fraktion** abstimmen:

1. Wir beantragen die Information, wie sich die Hilfsfristen für den Notarzt am Standort Orthopädie seit Beginn des Verkehrsversuchs entwickelt haben.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 11 Nein: 00 Enthaltungen: 03**

Danach erfolgt die Abstimmung über **Punkt 2 des Sachantrages** der CDU:

1. Wir beantragen, ein Konzept zu erarbeiten, wie sich die in der Vorlage beschriebenen negativen Auswirkungen für die Stadtteile Ziegelhausen und Neuenheim durch den Verkehrsversuch vermindern lassen. Insbesondere die Anwohner in Ziegelhausen Ost klagen über ein gestiegenes Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren, wie sie es uns bei den Gesprächen zum Brückenneubau mitteilten. In der Vorlage ist erläutert, dass sich die Verlagerung auf zwei Strecken auswirkt, unter anderem auf die Strecke der L 534/Ziegelhausen Ost.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 04 Nein: 08 Enthaltungen: 03**

**Somit ergehen folgende Arbeitsaufträge:**

*Die Verwaltung teilt dem Gemeinderat mit, wo genau die Zählstelle an der B 37 platziert ist.*

*Die Verwaltung teilt dem Gemeinderat mit, wie sich die Hilfsfristen für den Notarzt am Standort Orthopädie seit Beginn des Verkehrsversuchs entwickelt haben.*

**gezeichnet**  
Raoul Schmidt-Lamontain  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## Sitzung des Gemeinderates nach § 37a Gemeindeordnung vom 17.03.2022

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 17.03.2022

### 13 B 37 Verkehrsversuch – Zwischenergebnisse Informationsvorlage 0035/2022/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf den Arbeitsauftrag des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 16.02.2022.

Stadtrat Pfeiffer korrigiert den als Tischvorlage verteilten **Antrag** der GAL (Anlage 03 zur Drucksache 0035/2022/IV). Seinen neuen Antrag formuliert er wie folgt:

Die Grüne Alternative Liste beantragt, die Weiterführung eines Radangebots entlang der L 534 zwischen Heidelberg-Ziegelhausen und Neckargemünd-Kleingemünd durch das Regierungspräsidium Karlsruhe weiterzuverfolgen. Hierzu wird die Informationsvorlage in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität (AKUM) verwiesen.

Bis zum 30.03.2022 soll eine schriftliche Stellungnahme des Regierungspräsidiums Karlsruhe eingeholt werden, in der die tatsächlichen Kosten für die Stadt Heidelberg aufgeführt sind. Aufgrund dieser Daten wird der Gemeinderat eine Entscheidung über den weiteren Planungsverlauf treffen.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain macht den Vorschlag, die Information zum Verkehrsversuch B 37 heute abzuschließen und zur Radwegeverbindung Heidelberg-Ziegelhausen nach Neckargemünd-Kleingemünd eine eigene Informationsvorlage im übernächsten AKUM vorzulegen.

Nach kurzer Diskussion im Gremium, in die sich Stadtrat Pfeiffer und Stadträtin Dr. Röper einbringen, einigt man sich darauf, dass es bereits im AKUM vom 30.03.2022 einen kurzen Bericht im Arbeitsüberblick zu diesem Thema geben soll.

**Zusammenfassung der Information (Arbeitsaufträge in fett dargestellt):**

*Die Mitglieder Gemeinderates nehmen die Information zum Thema „B 37 Verkehrsversuch - Zwischenergebnisse“ zur Kenntnis.*

***Folgende Arbeitsaufträge werden festgehalten:***

***Die Verwaltung teilt dem Gemeinderat mit, wo genau die Zählstelle an der B 37 platziert ist.***

***Die Verwaltung teilt dem Gemeinderat mit, wie sich die Hilfsfristen für den Notarzt am Standort Orthopädie seit Beginn des Verkehrsversuchs entwickelt haben.***

*Im AKUM vom 11.05.2022 wird zum Thema Radwegeverbindung entlang der L 534 zwischen Heidelberg-Ziegelhausen und Neckargemünd-Kleingemünd mit einer Informationsvorlage berichtet. Bereits im 30.03.2022 wird es im Arbeitsüberblick des AKUM einen kurzen Sachstandsbericht zum Thema geben.*

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung



## Begründung:

### 1. Ausgangssituation

Im Verkehrsversuch entlang der Bundesstraße B 37 wird zwischen Heidelberg-Schlierbach und Neckargemünd ein Fahrstreifen des vierstreifigen Abschnitts dem motorisierten Verkehr entzogen und dem Radverkehr in Form eines Zweirichtungsradwegs zugeteilt. Die Einrichtung des Verkehrsversuchs basiert auf der Beschlussvorlage 0340/2020/BV und zielt darauf ab nachzuweisen,

- ob die Abwicklung des motorisierten Verkehrs durch die Verminderung der Fahrstreifen zu Behinderungen und Verkehrsverlagerungen auf Ausweichrouten führt und
- ob mit dem Angebot für den Radverkehr höhere Nutzerzahlen von Radfahrenden erreicht werden können.

Hintergrund ist, dass nach derzeit gültigem Recht, die Einziehung eines Fahrstreifens auf einer Bundesstraße nicht möglich ist und über einen Verkehrsversuch legitimiert werden kann.

Der Verkehrsversuch startete am 05.05.2020 und ist auf zwei Jahre ausgelegt. Die Begleituntersuchung der Hochschule Karlsruhe begann in 2019 und ist aufgeteilt in eine Verkehrserhebung mit Vorher-Nachher-Untersuchungen sowie einer partizipativen Nachhaltigkeitsbewertung durch die Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen. Ziel der Nachhaltigkeitsbewertung ist es zu erfahren, wie der Verkehrsversuch auf Basis des jeweiligen Blickwinkels der Akteure/Betroffenen wahrgenommen wird.

### 2. Zwischenergebnisse des Verkehrsversuchs (siehe Anlage 1)

Die **Verkehrserhebung des motorisierten Verkehrs** wurde in 2019 (Vorher) und in 2021 (Nachher) durchgeführt mittels Zählungen und Kennzeichenverfolgung an Erhebungsstellen im relevanten Straßennetz. Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass insgesamt einen Rückgang der Verkehrsstärken von im Mittel 17 % zu erkennen ist. Dieser Rückgang ist auf die generell reduzierte Mobilität aufgrund der Corona-Einschränkungen zurückzuführen. Der Durchgangsverkehr auf der B37 ist sowohl in der morgendlichen als auch abendlichen Zählzeit (circa 2,5 Stunden) zurückgegangen. Dem stehen Verlagerungen zwischen 23 und 122 Fahrzeugen auf den Ausweichrouten L 534 und L 600 entgegen. Bezogen auf die Verkehrsstärken insgesamt sind diese Verlagerungen jedoch kaum wahrnehmbar und gegenüber den Einflüssen der Pandemie deutlich geringer.

Die **Verkehrserhebung des Radverkehrs** wurde in 2019 (Vorher) und in 2021 (Nachher) durchgeführt mittels Erfassung durch Seitenradargeräte. In 2021 erfolgte die Erfassung für den Zeitraum von Mai bis einschließlich August. Die Anzahl der Radfahrenden hat sich dabei seit der Eröffnung des Versuchs vervielfacht. Während 2019 76 Radfahrende von Neckargemünd in Richtung Heidelberg gezählt wurden, waren es im August 2019 im Mittel ca. 300. Die Fortsetzung der Erfassung ist ab März 2022 vorgesehen.

Die **Nachhaltigkeitsbewertung** fand mittels einer Onlineumfrage im Oktober 2021 statt. Der Fragenkatalog orientiert sich an den Nachhaltigkeitsforschungen und wurde auf die Indikatoren (SDG) des Verkehrsentwicklungsplanes angepasst. Die Befragung lässt sich in die Hauptthemen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft einteilen sowie in den Punkt Partizipation. Für die Befragung wurden die Akteursgruppen Anlieger, Fahrradfahrende, Pendler, Umland und Verwaltung gebildet. Die Gesamtzahl der Angeschriebenen betrug 79, der Rücklauf betrug 41. Ziel war die Abfrage eines Stimmungsbildes

bei den Betroffenen und Akteuren. Radfahrende bewerten den Verkehrsversuch am positivsten. Die Anlieger als vergleichbar große Gruppe bewerten den Verkehrsversuch verhaltener positiv mit Antworten, die in der Regel nicht unter den Wert „hat keine Auswirkung“ liegen.

### **3. Weitere Vorgehensweise**

Der Verkehrsversuch wird bis Frühsommer 2023 fortgesetzt. Die Verwaltung bereitet derzeit die Grundlagen inklusive der finanziellen Auswirkungen für die Entscheidung der weiteren Vorgehensweise nach Beendigung des Verkehrsversuchs vor und wird darüber zu gegebenem Zeitpunkt die politischen Gremien einbeziehen.

Die Planung eines Radangebots entlang der L534 zwischen Ziegelhausen und Kleingemünd in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe ist inzwischen soweit konkretisiert, dass die Aussage getroffen werden kann, dass auch auf der Nordseite des Neckars die bauliche Herstellung eines Angebotes für Radfahrende nur mit der kostenintensiven Herstellung eines Abwassersammlers möglich wird. Die Kostenschätzung des Projektes liegt bei 6,5 Millionen EUR. Die Verwaltung wird daher die Fortsetzung dieser Planung zurückstellen und in die Überlegungen zur weiteren Vorgehensweise der Radführung im Neckartal insgesamt einbeziehen. Unabhängig davon wird in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Neckar-Kreis geprüft, über eine Markierungslösung provisorisch den Straßenraum zwischen Ziegelhausen und Neckargemünd neu aufzuteilen, so dass die Situation für Radfahrende bereits in der bestehenden baulichen Situation verkehrssicherer wird.

Die finanziellen Auswirkungen hängen vom weiteren Vorgehen ab, so dass die Kosten erst in dem Zusammenhang ermittelt werden können.

## Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen ist von dieser Maßnahme nicht betroffen.

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
MO 6	+	<b>Ziel/e:</b> Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr <b>Begründung:</b> Mit der Maßnahme wird der Umstieg auf das Fahrrad gefördert und dadurch der Anteil an motorisiertem Verkehr gemindert. Für Radfahrende erschließen sich neue Wege
MO 4	+	<b>Ziel/e:</b> Klima- und Immissionsschutz vorantreiben. <b>Begründung:</b> Weniger Autoverkehr reduziert die Luft- und Lärmemissionen in Heidelberg und ist ein aktiver Beitrag zum Klima- und Immissionsschutz.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet  
Raoul Schmidt-Lamontain

### Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Präsentation Verkehrsversuch B37 der Hochschule Karlsruhe (nur digital verfügbar)
02	Sachantrag der CDU Gemeinderatsfraktion vom 15.02.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität)
03	Sachantrag der GAL vom 15.03.2022 (Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 17.03.2022)